

Ausschuss für Inneres und Sport
(58. Sitzung am 25. Juni 2015)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss verständigte sich darauf, am 7. Juli um 12 Uhr im Rahmen einer zusätzlichen Sitzung über den von der Landesregierung angekündigten Entwurf eines Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu beraten.

Zur Tagesordnung:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Beschlussfassung über die von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung über mögliche Gewaltanwendungen von Beamtinnen und Beamten der Polizei gegen Flüchtlinge und Asylsuchende**

Der Ausschuss stimmte dem Unterrichtungswunsch zu.

2. **Verantwortung für die vom Abzug der britischen Streitkräfte betroffenen Kommunen übernehmen - Niedersächsisches Städtebauförderungsprogramm auflegen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3105](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Er nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand entgegen und hörte die kommunalen Spitzenverbände sowie die Bürgermeisterin der Stadt Bad Fallingb. und den Bürgermeister der Stadt Bergen an. Der Ausschuss verständigte sich ferner darauf, die Beratung des Antrags im Zusammenhang mit der Beratung über den Entwurf eines Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes fortzusetzen.

3. **Entwurf eines Gesetz über die Neubildung der Stadt Helmstedt, Landkreis Helmstedt**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/3698

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfs. Er verständigte sich auf eine mündliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände. Als Termin nahm er den 2. Juli 2015 in Aussicht.

4. a) **Die Sorgen der Kommunen ernst nehmen - Kostendeckung für qualifizierte Asylbetreuungsleistungen sicherstellen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1972](#)
- b) **Mehr Informationen an die Kommunen - Flüchtlingen und Kommunen gleichermaßen helfen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2898](#)

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung durch die Landesregierung über ihr Flüchtlingskonzept, die er in der 56. Sitzung am 28. Mai 2015 entgegengenommen hatte, auf Grundlage der hierzu von den Ausschussmitgliedern aufgeworfenen Fragen fort.

5. **Wegweiserkurse für Flüchtlinge stärken**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3428](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2885](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag anzunehmen.

7. **Kein Raum für Islamfeindlichkeit - Erfassung islamfeindlicher Taten verbessern!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2888](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag anzunehmen.

8. a) **Sprachkurse für Flüchtlinge und Geduldete öffnen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3543](#)

- b) **Sprachkurse für Flüchtlinge - Eine Aufgabe für die Erwachsenenbildung**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2158](#)

Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kultur hatte den Ausschuss um die Abgabe einer Stellungnahme zu den beiden Anträgen gebeten. Der Ausschuss verständigte sich darauf, auf die Abgabe einer Stellungnahme zu verzichten, und votierte gegenüber dem federführenden Ausschuss jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag unter a) unverändert anzunehmen und den Antrag unter b) abzulehnen.

9. a) **Deine Chance, unsere gemeinsame Zukunft**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3119](#)

- b) **Einwanderung zukunftsfähig gestalten - Kommunen entlasten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3124](#)

- c) **Sofortige Übernahme der Unterbringungs- und Betreuungskosten für Asylsuchende durch das Land!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3184](#)

Der Ausschuss hatte sich in seiner 53. Sitzung am 16. April 2015 darauf verständigt, eine mündliche Anhörung zu den Anträgen durchzuführen. Er bat die Landtagsverwaltung, die eingegangenen Vorschläge für Anzuhörende zusammenzustellen und den innenpolitischen Sprechern der Fraktionen zur Abstimmung des endgültigen Anzuhörendenkreises am Rande des Juli-Plenums zu übermitteln.

10. **Fehlende Lehrgänge für Niedersachsens Feuerwehren - Das Land muss mehr tun!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3538](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er verständigte sich darauf, zunächst die noch ausstehende mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zur

Situation der Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz, um die er in seiner 52. Sitzung am 5. März 2015 gebeten hatte, entgegenzunehmen und danach eine mündliche Anhörung durchzuführen, zu der u. a. die kommunalen Spitzenverbände und der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen eingeladen werden sollten.

11. **„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen in Niedersachsen vor Einbrecherbanden schützen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3556](#)

(abgesetzt)

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

12. **Eingaben**

(abgesetzt)